

Haushaltsrede 2026 – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,
sehr geehrte Damen und Herren,

welcher Landkreis unterhält eine Klimapartnerschaft mit einer Kommune in Brasilien?

Wir tun das.

Und diese Tatsache ist mehr als eine Randnotiz. Sie ist ein politisches Bekenntnis. Ein Bekenntnis dazu, globale Verantwortung ernst zu nehmen – und sie auch im eigenen Handeln sichtbar werden zu lassen. Gerade dann, wenn die Rahmenbedingungen schwierig sind.

Der Haushalt 2026 ist ein schwieriger Haushalt. Und er ist zugleich ein Haushalt, der zeigt, wie ernst wir es mit unseren eigenen Ansprüchen meinen. Die finanziellen Spielräume werden enger, Zielkonflikte treten offen zutage, und die Erwartungen an den Landkreis wachsen weiter. Umso wichtiger ist es, dass wir uns darüber verständigen, welcher Maßstab unser Handeln leitet.

Für uns Grüne ist dieser Maßstab Nachhaltigkeit – ökologisch, sozial und finanziell. Nachhaltigkeit ist keine Zusatzaufgabe für gute Zeiten. Sie ist Vorsorge. Und sie entscheidet darüber, ob dieser Haushalt nur reagiert oder ob er Zukunft gestaltet!

Klimaschutz

Mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung, den SDGs, liegt eine international vereinbarte Handlungsorientierung vor. Für den Landkreis Karlsruhe sind diese Ziele kein abstrakter Rahmen, sondern seit Jahren Teil der politischen Praxis.

Gleichzeitig müssen wir feststellen: Der Klimaschutz ist in den vergangenen Jahren politisch erheblich unter Druck geraten. Kriege, Krisen, wirtschaftliche Unsicherheiten und gesellschaftliche Polarisierung haben dazu geführt, dass langfristige Zukunftsfragen in den Hintergrund gerückt sind.

Dabei war der Landkreis Karlsruhe früh und entschlossen. Bereits 2014 hat der Kreistag das Klimaschutzkonzept „zeozweifrei 2050“ beschlossen – und dieses Ziel

später sogar auf das Jahr 2035 vorgezogen. Das war kein symbolischer Akt, sondern eine strategische Entscheidung.

Wir Grüne stehen ausdrücklich dazu, diesen Weg fortzusetzen. Auch – und gerade – in Zeiten angespannter Haushaltslagen. Denn Investitionen in Klimaschutz, Umwelt- und Naturschutz sind keine freiwilligen Mehrausgaben. Sie sind langfristige Risikovorsorge. Unterlassener Klimaschutz wird uns teuer zu stehen kommen – finanziell, ökologisch und gesellschaftlich.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Umwelt- und Energieagentur des Landkreises. Seit ihrer Gründung im Jahr 2008 unterstützt sie Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Bildungseinrichtungen bei der Energiewende. Beratung, Vernetzung, Information und Sensibilisierung – diese Arbeit ist unverzichtbar. Deshalb ist für uns klar: Der Landkreis muss weiterhin Verantwortung für eine verlässliche Finanzierung der Umwelt- und Energieagentur übernehmen und wir tragen auch die Änderung vom eeAward zur Zukunftskommune mit.

Nachhaltiges Bauen

Der Bausektor ist einer der größten Verursacher von CO₂-Emissionen. Gleichzeitig bindet er erhebliche finanzielle Mittel. Gerade deshalb kommt dem nachhaltigen Bauen im Landkreis eine Schlüsselrolle zu.

Für uns ist entscheidend, dass zukünftige Bauvorhaben konsequent nach den Prinzipien des nachhaltigen Bauens geplant und umgesetzt werden – etwa nach dem Landesstandard NBBW. Nachhaltigkeit erschöpft sich dabei nicht in Energieeffizienz. Sie umfasst den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes: von der Planung über Betrieb und Nutzung bis hin zu Umbau oder Rückbau.

Langlebige, ressourcenschonende und gesundheitsverträgliche Materialien, wie Holz- oder Holzhybridbauweisen, sowie einfache, wartungsarme Gebäudetechnik sind dabei zentrale Faktoren. Sie reduzieren nicht nur Emissionen, sondern senken langfristig auch die Betriebs- und Folgekosten.

Gerade in der aktuellen Haushaltslage ist das ein entscheidendes Argument. Nachhaltiges Bauen ist keine ökologische Spielwiese, sondern ökonomische Vernunft. Die Ludwig-Guttman-Schule in Karlsbad zeigt, dass dieser Ansatz funktioniert.

Auch der Neubau der Straßenmeisterei Ettlingen, der als „Beispielhaftes Bauen“ ausgezeichnet wurde, verdeutlicht diesen Zusammenhang. Ja – es ist teurer aber:

Wie teuer ist Nicht-Nachhaltigkeit? Wie teuer sind Sanierungen nach wenigen Jahrzehnten?

Abfall und Kreislaufwirtschaft

Wir Grüne freuen uns auf den Tag, an dem der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises in Kreislaufwirtschaftsbetrieb umbenannt wird, weil die Mengen an zu verbrennenden oder zu deponierenden Stoffen nachrangig geworden sind. Bis es so weit ist müssen allerdings die Abfallvermeidung und die Wiederverwendung noch massiv vorangebracht werden.

Die beschlossene Änderung der Abfallwirtschaftssatzung ist hierfür ein wichtiger Schritt. Sie belohnt Müllvermeidung und stellt gleichzeitig sicher, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb wirtschaftlich stabil bleibt.

Besonders hervorzuheben sind auch die Umweltbildungsangebote des Abfallwirtschaftsbetriebs. Dass bereits Kinder in Kitas und Schulen für Ressourcenschonung und Abfallvermeidung sensibilisiert werden, ist ein wichtiger Beitrag zum langfristigen Klimaschutz.

Abfälle sollten – ökologisch sinnvoll – möglichst dort behandelt werden, wo sie entstehen. Deshalb unterstützen wir die seit 2020 laufende Planung für eine neue Deponie für mineralische Abfälle im Landkreis, deren Standortsuche auf einem sorgfältig ausgearbeiteten Kriterienkatalog beruht. Wir setzen darauf, dass die weiteren Prüfungen zu einer Lösung führen, die die mit geringem Flächenverbrauch auskommt und Umweltbelastungen minimiert.

Mobilität

Eine wichtige Aufgabe des Landkreises ist eine CO₂-arme Mobilität - hier geht es auch um soziale Teilhabe und Lebensqualität. Ein dauerhaft ausgedünnter Fahrplan kann deshalb keine Lösung sein. Menschen steigen nur dann auf Bus und Bahn um, wenn das Angebot verlässlich, gut getaktet und attraktiv ist – gerade im ländlichen Raum entscheidet ein funktionierender Fahrplan darüber, ob klimafreundliche Mobilität möglich ist oder ob Menschen faktisch auf das Auto angewiesen bleiben.

Ein Blick auf die Haushaltszahlen hilft, die Debatte um Mobilität sachlich einzuordnen. Der ÖPNV verursacht im Jahr 2026 im laufenden Betrieb Aufwendungen von rund 62 Millionen Euro. Das entspricht etwa acht Prozent des gesamten Ergebnishaushalts des Landkreises. Das ist ein relevanter aber nicht

wesentlicher Kostentreiber dieses Haushaltes.. Erst recht gilt das für Investitionen.: Von einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 152 Millionen Euro entfallen nur vergleichsweise begrenzte Mittel auf Mobilitätsprojekte – etwa für den barrierefreien Ausbau, die S-Bahn Karlsruhe–Bretten oder die Ladeinfrastruktur für E-Busse.

Diese Zahlen machen deutlich: Mobilität ist finanziell überschaubar, zugleich aber von großer strategischer Bedeutung. Mit vergleichsweise begrenzten Mitteln sichern wir Erreichbarkeit, ermöglichen klimafreundliche Mobilität und stärken die Teilhabe – nicht nur im ländlichen Raum. Unsere politische Weitsicht verbietet uns, dass wir in schwierigen Zeiten leichtfertig den ÖPNV beschneiden, da er ein zentraler Baustein vorausschauender Daseinsvorsorge ist.

Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans zeigt, dass Verwaltung und Aufgabenträger die Herausforderungen realistisch benennen – vom Fachkräftemangel über die Finanzierung bis hin zu Fragen der Betriebsstabilität. Entscheidend ist nun, den ÖPNV konsequent als Teil der Lösung weiterzuentwickeln: durch Beschleunigungsmaßnahmen für Busse, durch eine bessere Verknüpfung mit der Schiene und durch gezielte Angebotsverbesserungen, etwa mit stündlichen Verbindungen und attraktiven Schnellbusangeboten.

Wir begrüßen die Entwicklung, dass der Enzkreis und die Stadt Pforzheim Gesellschafter vom KVV werden. Mehr als 4000 qKilometer und fast 2 Mio. Menschen werden in einen Verbund zusammengefasst - das begrüsst auch unserer engagierter Verkehrsminister Winfried Herrmann.

Positiv bewerten wir die Fortführung des zweigleisigen Ausbaus der S4. Wir halten dieses Projekt nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus regionalwirtschaftlicher Sicht für von großer Bedeutung. Die Verbindung Heilbronn–Bretten–Karlsruhe ist eine zentrale Entwicklungsachse des Landkreises und stärkt klimafreundliche Pendlerverkehre ebenso wie die wirtschaftliche Vernetzung der Region.

Darüber hinaus sehen wir im weiteren Ausbau von On-Demand-Verkehren eine zentrale Zukunftsaufgabe. Flexible, bedarfsgerechte Angebote sind gerade im ländlichen Raum eine elementare Stütze des ÖPNV. Sie ergänzen den Linienverkehr sinnvoll, schließen Angebotslücken – insbesondere in Randzeiten – und erhöhen die Erreichbarkeit für Menschen ohne eigenes Auto.

Deshalb wollen wir keine weitere Diskussion im Landkreis über einen Ausstieg zum Deutschlandticket- es ist ein Meilenstein eines einfachen und bezahlbaren niedrigschwelligen umfassenden Mobilitätsangebotes.

Leider hat der Bund eine ist sehr unerfreuliche Entscheidung getroffen: das Deutschlandticket wird teurer - während Flugsteuer gesenkt wird!

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass unsere Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in unseren ÖPNV haben und deshalb darf Mobilität nicht jedes Jahr neue Verhandlungsmasse werden!

Schließlich gehört zu einer zukunftsfähigen Mobilitätspolitik auch der Radverkehr. Gute und sichere Radwege sowie zeitgemäße Fahrradabstellanlagen sind kein „Nice-to-have“, sondern Voraussetzung dafür, dass klimafreundliche Mobilität im Alltag tatsächlich genutzt werden kann – insbesondere an Schulen und Bildungseinrichtungen.

Soziales

Ein Blick auf den Haushalt 2026 macht sofort deutlich: Der Sozialbereich prägt diesen Haushalt wie kein anderer. Rund 60 Prozent der laufenden Aufwendungen des Landkreises entfallen inzwischen auf soziale Leistungen. Diese Entwicklung ist kein Ausdruck kommunaler Großzügigkeit, sondern Ergebnis gesetzlicher Verpflichtungen, steigender Bedarfe und tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen.

Für uns Grüne ist dabei eines zentral: Soziale Sicherheit ist kein Luxus. Teilhabe darf nicht vom Einkommen, vom Wohnort oder von der familiären Situation abhängen. Ein funktionierender Landkreis misst sich daran, wie er mit den Menschen umgeht, die Unterstützung brauchen.

Gleichzeitig gilt – und das ist haushaltspolitisch entscheidend: Soziale Ausgaben sind dann nachhaltig, wenn sie präventiv wirken. Jeder Euro, der frühzeitig in Beratung, Unterstützung und Stabilisierung investiert wird, spart langfristig erhebliche Folgekosten. Wer hier pauschal kürzt, verschiebt Probleme in die Zukunft – und macht sie dort teurer.

Der Anteil der Schulbegleitungen aufgrund einer Autismus-Diagnose ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Gleichzeitig stehen Kindertageseinrichtungen und Schulen vor erheblichen personellen Herausforderungen. Lange Wartezeiten auf Diagnostik und Therapie verschärfen die Situation zusätzlich. Für uns folgt daraus eine klare Konsequenz: Wir brauchen frühzeitige, gut abgestimmte und wirksame Unterstützungsstrukturen.

Das erfolgreich erprobte Pooling-Modell, bei dem mehrere Kinder bedarfsgerecht von Fachkräften begleitet werden, ist hierfür ein gutes Beispiel.

Dieses Prinzip lässt sich auf viele Bereiche der sozialen Arbeit übertragen. Ob Jugendhilfe, Integration, Versorgung oder Rehabilitation: Unterstützungsleistungen müssen so früh wie möglich einsetzen, wirksam sein und gut koordiniert erfolgen.

Deshalb sehen wir großes Potenzial darin, Kindertageseinrichtungen stärker als Orte der Beratung, Begleitung und Vernetzung für Familien zu verstehen. Niedrigschwellige Angebote vor Ort werden eher angenommen, stärken Gemeinschaft und reduzieren langfristig Folgekosten.

(Eine zentrale Aufgabe des Landkreises sehen wir künftig zunehmend in der fachlichen Beratung und Unterstützung der Kommunen und freien Träger. Leitbilder, Ziele und Konzeptionen im Jugendhilfe- und Sozialbereich müssen so gestaltet sein, dass sie vor Ort Orientierung geben und Handlungssicherheit schaffen.

Kreiskliniken

Mit unseren Kreiskliniken in Bruchsal und Bretten gilt es, das dezentrale Verhältnis zur Holdingmutter weiterhin konstruktiv und verlässlich weiterzuentwickeln. Im kommenden halben Jahr wird dazu eine Kliniklausur stattfinden, in der die richtungsweisenden Parameter für das Zusammenspiel zwischen Holding und unseren Kliniken festgelegt werden sollen.

Angesichts der hohen finanziellen Bedeutung einer nicht auskömmlichen Krankenhausfinanzierung sind wir dabei in erheblichem Maße auf eine verlässliche Unterstützung durch Bund und Land angewiesen. Die bislang erreichte schwarze Null – oder darüber hinausgehende Ergebnisse – werden in unseren Kliniken nicht dauerhaft zu halten sein, wenn die Krankenhausreform weiterhin vor allem große Einrichtungen begünstigt.

Für das Haushaltsjahr 2026 halten wir die vorgesehenen Ansätze vor diesem Hintergrund für realistisch und noch vertretbar. Die Entwicklung in den Folgejahren muss konstruktiv kritisch begleitet werden.

Bildung

Unsere Landkreisschulen sind Ausbildungsstätten, Lebensräume und zentrale Bausteine für Fachkräftesicherung, soziale Teilhabe und regionale Entwicklung.

Wir haben dies Entscheidung manche Projekte aus finanzieller Verantwortung mitgetragen. Zugleich ist für uns klar: Diese Projekte dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Gute Lernbedingungen sind Pflichtaufgaben!

Ein Blick in den Haushalt 2026 zeigt, dass der Landkreis trotz der angespannten finanziellen Lage weiter erheblich in seine Bildungsinfrastruktur investiert. Mit einem Investitionsvolumen von rund 152 Millionen Euro bleiben die Landkreisschulen ein zentraler Schwerpunkt der Investitionstätigkeit. Zu den wesentlichen Maßnahmen zählen unter anderem der zweite Bauabschnitt des Beruflichen Bildungszentrums Ettlingen, die Sanierung der Gartenschule Ettlingen sowie weitere Maßnahmen an beruflichen Schulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren.

Gerade beim BBZ Ettlingen wird deutlich, was verantwortungsvolle Schulentwicklung bedeutet: moderne Lernräume, zeitgemäße technische Ausstattung und eine Infrastruktur, die den Anforderungen beruflicher Bildung heute und morgen gerecht wird. Die Gartenschule Ettlingen zeigt zugleich, dass Sanierungen im Bestand planvoll, kostenstabil und mit klaren Meilensteinen umgesetzt werden können – auch unter schwierigen Rahmenbedingungen.

Darüber hinaus begrüßen wir ausdrücklich, dass mit Machbarkeitsstudien – etwa zur Hardtwaldschule – frühzeitig geprüft wird, wie Schulstandorte zukunftsfähig weiterentwickelt werden können. Solche vorausschauenden Planungen sind aus unserer Sicht unverzichtbar, um spätere Fehlentscheidungen und unnötige Mehrkosten zu vermeiden.

Ein Punkt ist uns dabei besonders wichtig: Zu zeitgemäßen Schulstandorten gehört auch eine passende Mobilitätsinfrastruktur. An mehreren Landkreisschulen fehlen bislang sichere und versicherungskonforme Fahrradabstellmöglichkeiten – für Schülerinnen und Schüler ebenso wie für Lehrkräfte. Wenn wir klimafreundliche Mobilität ernst nehmen, dann muss sie im Schulalltag praktikabel sein. Sichere Fahrradstellplätze müssen deshalb bei Sanierungen und Neubauten konsequent mitgedacht und umgesetzt werden.

(Insgesamt gilt für uns: Investitionen in Landkreisschulen sind Investitionen in Qualität, Chancengleichheit und regionale Zukunftsfähigkeit. Gerade in Zeiten knapper Kassen kommt es darauf an, Prioritäten richtig zu setzen – und Bildung gehört für uns eindeutig dazu.)

Personal

Wir stehen in den kommenden Jahren vor einem spürbaren Fachkräftemangel – auch in der Verwaltung. Altersbedingt werden viele erfahrene Mitarbeitende ausscheiden, während Aufgaben und Anforderungen weiter wachsen. Umso wichtiger ist es, dass wir heute die richtigen strukturellen Entscheidungen treffen, damit der Landkreis auch morgen handlungsfähig bleibt.

Deshalb halten wir eine systematische Organisationsuntersuchung für notwendig. Nicht, um Stellen zu streichen, sondern um Doppelstrukturen abzubauen, Abläufe zu vereinfachen und gezielt dort zu stärken, wo zusätzliche fachliche oder personelle Ressourcen gebraucht werden.

Wir bitten deshalb, dass in 2026 eine vertiefte Personal-Organisationsdiskussion für die entsprechenden Gremien aufbereitet wird – und dann sind wir alle gefordert.

Teilhabe, Demokratie

Das Bundesteilhabegesetz ist ein zentrales Versprechen unseres Sozialstaates. Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt leben können – mitten in unserer Gesellschaft. Dieses Versprechen gilt auch im Landkreis Karlsruhe. Und es gilt unabhängig von der jeweiligen Haushaltslage.

Gleichzeitig erleben wir beim Bundesteilhabegesetz und in anderen sozialen Sicherungssystemen eine Dynamik, die den Kreishaushalt extrem stark belastet.

Für uns Grüne ist wichtig: Der Sozialstaat ist nicht nur ein Instrument individueller Unterstützung. Er ist ein tragendes Element des gesellschaftlichen Zusammenhalts – und damit auch eine Voraussetzung für die Stabilität unserer Demokratie.

Ein handlungsfähiger Sozialstaat ist deshalb kein Angebot für einzelne Gruppen, sondern eine Investition in die Stabilität der gesamten Gesellschaft. Er schützt vor sozialer Spaltung, stärkt den Zusammenhalt zwischen unterschiedlichen Lebenslagen – und wirkt damit präventiv gegen demokratiefeindliche Entwicklungen.

Gerade aus diesem Grund ist das BTHG zu reformieren! Einzelne Unterstützungen erhalten von 24.000-36.000, Euro Leistungen pro Monat – Mit inklusiver Quartiersarbeit und mehr Einbindung von sogenannten Behinderten in das ganz normale Vereins- und Kulturleben könnten viele Leistungen sogar integrativer ersetzt werden. Deshalb sind wir alle bei einer Reform des BTHG gefragt! Aber zunächst muss der Bund sein Gesetz reformieren – und die politische Tragödie ist,

dass das Wort BTHG noch nicht einmal im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD benannt ist: Alle schauen weg- und wir auf der unteren Ebene zahlen!

Auch das Land könnte das BTHG selber abwickeln - dann wären wir vergleichbar mit anderen Bundesländern. Herr Minister Lucha hat dies in letzter Zeit angeboten - das sollten die Landkreise und Städte dringend für die Zukunft annehmen.

Unsere Antwort auf steigende Kosten kann vor diesem Hintergrund nicht pauschale Kürzung heißen. Sie muss lauten: Strukturen vereinfachen, Qualität sichern, Wirksamkeit erhöhen – ohne den Kern sozialer Sicherung infrage zu stellen.

Dazu gehören klarere Prozesse, bessere Abstimmung zwischen Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Pflege und Gesundheit sowie pauschalisierte Leistungsmodelle, wo sie fachlich sinnvoll sind. Ziel muss es sein, Unterstützung so zu organisieren, dass sie Menschen stärkt, Teilhabe ermöglicht und gleichzeitig dauerhaft finanzierbar bleibt.

Kommunalfinanzen

Der Haushalt 2026 zeigt deutlich: Der Landkreis Karlsruhe steht nicht nur vor einem Ausgaben-, sondern vor einem strukturellen Einnahmenproblem.

Steigende Pflichtaufgaben treffen auf unvollständige und teils verzögerte Kostenerstattungen durch Bund und Land. Offene Forderungen in erheblicher Höhe machen den Landkreis faktisch zum Kreditgeber für Aufgaben, die er nicht selbst verursacht hat. Dies wird besonders beim BTHG deutlich.

Die Sondervermögen des Bundes sind wichtig und richtig. Sie ermöglichen notwendige Investitionen in Schulen, Infrastruktur, Klimaschutz und Mobilität

Anders als die anderen Bundesländer, hat die grün geführte Landesregierung entschieden, den Kommunen zwei Drittel dieser Gelder zur Verfügung zu stellen. Das ist der höchste Anteil bundesweit.

Trotzdem lösen auch diese Mittel nicht die strukturellen Probleme im Ergebnishaushalt. Laufende soziale Aufgaben lassen sich nicht dauerhaft über einmalige Investitionsmittel finanzieren.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Diskussion um die Kreisumlage einzuordnen.

Der vorgeschlagene Kreisumlagesatz von 34 Punkten ist für die Städte und Gemeinden im Landkreis eine erhebliche Belastung - Überlastung! Das verkennen wir nicht!

Die Lage in den Kommunen ist katastrophal – als ehemalige Oberbürgermeisterin der grössten Stadt im Landkreis weiss ich sehr gut was Auswirkungen eines Punktes für die Kommunen bedeuten-

zu entscheiden ist für uns heute jedoch: Können wir 34 Punkte mittragen?

Im Haushaltsentwurf ist der bisherige Verlust mit 11,8 Mio ausgewiesen. Nun kamen Landeshilfen von 6,6 Mio positiv hinzu.

Diese dem Landkreis durch eine Reduzierung eines Punkts wegzunehmen (ca. 8,8 Mio. Euro) und indirekt den Kommunen zu geben klingt charmant - aber die Kommunen haben eigene Landeshilfen erhalten, so dass wir dieses Verteil- System ignorieren würden.

Das wollen wir nicht, denn das System muss auf allen Ebenen auskömmlich finanziert sein weil der Landkreis mit seinen Leistungen ja auch die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen unterstützt.

Aber wir wollen keinen Senkung der Umlage ohne Sparvorschläge beschliessen- unsere Sorge ist, dass dann der ÖPNV wieder ausgedünnt wird - denn er gilt als Freiwilligkeitsleistung - oder nächstes Jahr die Kreisumlage noch höher steigen wird.

Beides sind keine nachhaltigen Lösungsansätze. Der Verlust wird auch noch grösser, da die Nebenbahnen nur mit 9 Mio. statt wie geplant mit 14 Mio. bezuschusst werden - das ist bitter - aber diesen Umstand erkennen wir als weitere Belastung des Haushaltes an.

Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen sehen wir somit keine verantwortbare Alternative, wenn wir zentrale Aufgaben des Landkreises sichern wollen – insbesondere im sozialen Bereich und im öffentlichen Personennahverkehr - für eine Abkehr von 34 Punkten - insbesondere, da die globale Minderausgabe bereits seit zwei Jahren maximal erbracht wurde und im Haushalt 2026 ebenfalls in maximaler Höhe eingeplant wurde.

D.h. wir hätten geschlossen in der Grünen Fraktion für 34 Punkte gestimmt!

Nach den Vorreden wird es zu dieser Abstimmung nicht kommen, da die Mehrheit sich für 33 Punkten ausspricht.

Dem können wir aus den gesagten Gründen nicht positiv zustimmen -

wir werden uneinheitlich abstimmen - denn wir im Kreistag müssen uns nun mit Kommunen streiten, weil Bund und Land nicht auskömmlich finanzieren..

Das ist insbesondere vom Bund- nicht fair!!!

Schluss

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal den Bogen zum Beginn dieser Rede schlagen.

Nachhaltigkeit bedeutet für uns nicht, Probleme zu verschieben oder gegeneinander auszuspielen. Sie bedeutet, ökologische, soziale und finanzielle Verantwortung zusammenzudenken wie die SDGs

Mit diesem Verständnis bringen wir uns gerne konstruktiv in die weiteren Beratungen ein und stimmen für den Haushalt

Vielen Dank.